



**FREIE WÄHLER  
München e.V.**

**Stadtvorsitzender**

Prof. Dr. Michael Piazolo

Tel. 089 / 76 25 96

Fax 089 / 72 59 96 7

[vorsitzender@](mailto:vorsitzender@freie-waehler-muenchen.de)

[freie-waehler-muenchen.de](http://freie-waehler-muenchen.de)

**Stadtrat**

Johann Altmann

Tel. 089 / 23 32 07 66

Fax 089 / 23 32 07 70

Mobil 0160 / 72 14 03 5

[stadtrat@](mailto:stadtrat@freie-waehler-muenchen.de)

[freie-waehler-muenchen.de](http://freie-waehler-muenchen.de)

**Presse- u. Öffentlichkeitsarbeit**

Michael Knoblach

Tel. 089 / 67 90 76 24

Fax 089 / 43 73 92 11

Mobil: 0171 / 83 37 60 2

[presse@](mailto:presse@freie-waehler-muenchen.de)

[freie-waehler-muenchen.de](http://freie-waehler-muenchen.de)

Freie Wähler: Kritik an gescheiterter Parteienpolitik in  
München und Bayern

## **Aiwanger: „Das Wohl der Menschen ist für die herrschende Politik nur noch 2. Wahl“**

5

*München, 29. Februar 2008* Bei der gestrigen Abschlusskundgebung holten der OB-Kandidat der Freien Wähler München, Prof. Dr. Michael Piazolo, und der als Gastredner geladene Landesvorsitzenden der FW-Bayern, Hubert Aiwanger, zu einer Abrechnung mit der Politik in München und Bayern aus. Fast 100 Teilnehmer, Freie Wähler und Gäste aus München, Vertreter von FW-Gruppen aus dem direkten Umland bis Neu-Ulm und Nürnberg hatten den Saal im *Unions-Bräu* in München-Haidhausen fast bis auf den letzten Platz gefüllt.

10

Ganz dem Motto der Veranstaltung „Weg mit den Socken, die Milliarden verzocken“ verpflichtet, geißelte Prof. Piazolo die immer stärker zutage tretende Kluft zwischen Politik, Wirtschaft und der Gesellschaft. Piazolo: „Bezeichnend ist beispielsweise, dass unsere Großkonzerne in ihrer eigenen Politik heutzutage keinerlei Rücksicht mehr nehmen. Wo es früher undenkbar gewesen wäre, Meldungen über massiven Beschäftigungsabbau nur wenige Tage vor entscheidenden Wahlen bekannt zu geben, gibt es hier bei Münchner Unternehmen wie Siemens oder BMW absolut keine Zurückhaltung. Nicht einmal soviel Dialog ist also zwischen Stadtregierung nebst ihrem obersten Vertreter, Oberbürgermeister Christian Ude und den großen Wirtschaftsunternehmen am Standort München noch vorhanden.“

20

25

Wenn es jedoch um lukrative Aufträge, wie etwa einen Transrapid geht, funktionieren die Netzwerke bis in die obersten Etagen der bayerischen Staatsregierung dafür umso prächtiger. „Wir werden daher auch an dieser Stelle nicht nachlassen gegen ein unökologisches Milliardengrab Transrapid in München zu kämpfen.“

30

Doch gerade diese politisch-wirtschaftlichen Netzwerke würden sich immer mehr zum Nachteil vieler und Vorteil weniger entwickeln. „Ich finde es zutiefst befremdlich“, so Piazolo, „wenn nach den Wahlen frisch gewählte Stadträte quasi zur 'Belohnung' mit lukrativen Posten bei städtischen Unternehmen versorgt werden, wie es bei Rot-Grün der Fall ist. Oder wenn für die Kommunikationsarbeit zur geplanten Umweltzone zur PR-Arbeit eine externe Agentur mit über 100.000 Euro Etat eingespannt werden soll, statt die im Rathaus sowieso für derartige Zwecke vorhandene Pressestelle und Fachreferate einzusetzen. Eine Unverfrorenheit

35

40 ist jedoch, dass im Vorfeld des Wahltermins regelmäßig die Stadtwerke München in zahlreichen Zeitungen in großflächigen Anzeigen mit einem Konterfei des amtierenden Oberbürgermeisters verziert ihre Leistungen bewerben – und das mit Einnahmen aus den ohnehin überzogenen Gebühren.“

45 Auch in der Verkehrspolitik sieht Piazolo im wesentlichen seit Jahren Stillstand, eine einseitige Benachteiligung der Autofahrer ohne aber im öffentlichen Nahverkehr die Kapazitäten für brauchbare Alternativen zu schaffen. „Wir fordern, dass damit endlich Schluss sein muss: zügiger Verkehrsfluss auf den Hauptverkehrsstraßen, Tempo 30 in Wohngebieten, sofortige Weiterplanung der Kreuzungsfreiheit des Mittleren Ring in Giesing/Ramersdorf und Ausbau der S-Bahn Stammstrecke, denn in München sind die Flugzeuge pünktlicher als die S-Bahn. Die seit Jahrzehnten durch OB Ude praktizierten, SPD-typischen Politik der ruhigen Hand muss aufhören.“

55 Weiter kritisierte Piazolo das aus Sicht der Freien Wähler überzogene Rauchverbot der Staatsregierung. Hier hätte man nur den Kritikpunkten aus den eigenen Reihen folgen müssen, um zu einer differenzierteren und praxisnäheren Lösung zu kommen. „Statt dessen musste von der neuen CSU-Führung Macht demonstriert werden, mit der dann eine Lösung wieder zum Nachteil vieler geschaffen wurde.“

OB-Kandidat Piazolo schließt den Kommunalwahlkampf in München mit deutlichen Worten und richtet das Augenmerk zugleich auf die kommende Landtagswahl: „Der einseitigen Klientelpolitik von Rot-Grün in München erteile ich eine klare Absage. Dies wird es mit Freien Wählern nicht geben, selbst wenn OB Ude uns derzeit bei jeder Gelegenheit als Alternative zur Linkspartei für seine Mehrheitsansprüche ins Gespräch bringt. Aber auch der nicht gerechtfertigten Zweidrittel-Mehrheit der CSU im Landtag sagen wir den Kampf an. Die CSU muss in in der Zahl der Sitze dort unter 50 Prozent fallen.“

70 Gerade die abgewirtschaftete Politik der Staats-CSU stellte auch der FW-Landesvorsitzende Hubert Aiwanger ins Zentrum seiner Kritik. Seien es die Hausärzte, die unter der von der bayerischen Staatsregierung mitgetragenen vermurksten Gesundheitspolitik von Schwarz-Rot langsam untergehen oder die Polizei, die kaputt-gespart wird, ein am Abgrund stehendes Bildungssystem mit verfehlter G8-Reform und aussterbender Hauptschulen, bis hin zum sträflich vernachlässigten ländlichen Raum oder unter der Last von Aufgaben und Kosten stöhnenden Städten. Aiwanger: „Die bayerische CSU hat mit ihrer Zweidrittel-Mehrheit

abgewirtschaftet und verdient diesen Mehrheitsanspruch nicht, weil sie  
80 große Teile der Bevölkerung nicht mehr repräsentiert und auch die Be-  
lange der Bürgerinnen und Bürger nicht respektiert.“ Statt dessen  
scheint die Politik in Bayern vornehmlich „anderen Herren als den Wäh-  
lern zu dienen“. Hubert Aiwanger weiter: „Wie anders könne es sonst  
sein, dass ein Transrapid auf Biegen und Brechen durchgeboxt werden  
85 muss, dass börsennotierte Klinikkonzerne den örtlichen Kreiskranken-  
häusern und Hausärzten bevorzugt würden?“ Rechtzeitig vor Wahlen  
würden Versprechungen ans Volk gemacht, die kurz nach der Stimmab-  
gabe schon nicht mehr zählen.

Aiwanger schließt mit einem Aufruf an alle Freien Wähler in Bayern und  
90 dem Versprechen an die bayerischen Wählerinnen und Wähler, „dass  
wir Freie Wähler gefordert sind, bei allen Fragen des politischen Alltag  
uns zu Wort zu melden. Wir wollen in Bayern die 'Kastanien aus dem  
Feuer holen' und die Vorherrschaft der CSU endgültig brechen.“